

Europäisierung aus räumlicher Perspektive? Konzeptionelle Beiträge und Potenziale

Chilla, Tobias

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Chilla, T. (2012). Europäisierung aus räumlicher Perspektive? Konzeptionelle Beiträge und Potenziale. *Europa Regional*, 18.2010(1), 2-12. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-312609>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Europäisierung aus räumlicher Perspektive? Konzeptionelle Beiträge und Potenziale

TOBIAS CHILLA

Zusammenfassung

In den Politikwissenschaften waren die 1990er Jahre geprägt von einer Debatte um ‚Europäisierung‘, v.a. ausgelöst von dem Eindruck, dass die Europäische Union zunehmenden Einfluss auf den (sub-) nationalen Politikebenen bekam. In den raumbezogenen Disziplinen spielte diese Debatte lange Zeit kaum eine Rolle. Zwar beschäftigen sich viele Geographen und Raumplaner durchaus mit einer Vielzahl von Aspekten der EU-Politik, und eine zunehmende Bedeutung der EU wird zweifellos auch hier gesehen. Eine konzeptionelle Debatte aber wurde lange nur in Ansätzen geführt.

Dieser Beitrag skizziert zunächst die politikwissenschaftlich geprägte Debatte um Europäisierung und fragt sodann nach räumlichen Bezügen. Hierbei wird zunächst die These einer möglichen Deterritorialisierung reflektiert, bevor dann die These der Reterritorialisierung im Sinne einer komplexer werdenden Rolle von Raum im Politikprozess diskutiert wird. Sodann wird am Beispiel der Regionalpolitik das Instrument der Politikfeldanalyse vorgestellt, bevor abschließend die Potenziale der geographischen Perspektive kurz erörtert werden.

Dieser Beitrag versteht sich als einleitende Überblicksdarstellung, die abschließend zu den weiteren, spezifischeren Beiträgen des Themenheftes zur Europäisierung überleitet.

Europäisierung, Europäische Integration, Deterritorialisierung, Reterritorialisierung, politics of scale, Mehr-Ebenen-Governance

Abstract

Europeanisation from a territorial perspective? Conceptual contributions and potentials

During the 1990s, political science debates focused largely on ‘Europeanisation’, triggered by the experience that the European Union was gaining influence at national and sub-national governmental levels. This debate has had limited impact within the fields of spatial research. It is true that geographers and planners had indeed worked on a large variety of aspects concerning EU politics, and the growing role of the EU has certainly been recognised, too. However, a conceptual debate has only sparsely taken place.

This article sketches the political science debate on Europeanisation and then discusses questions on the spatial and territorial implications. Both the postulate of deterritorialisation and of reterritorialisation are being reflected, the latter meaning the more complex role of space in political processes. At the example of regional policy the tool of policy analysis is referred to. Finally, the potentials of the geographic perspective on Europeanisation are briefly discussed.

The article is intended to give an overview and introduction to the special issue on Europeanisation, and then leads over the more specific contributions.

Europeanization, European Integration, Deterritorialisation, Reterritorialisation, politics of scale, multi-level governance

Begriffliche Annäherung

Zwar beschäftigten sich viele Geographen, Raumplaner und Vertreter verwandter Disziplinen mit einer Vielzahl von Aspekten der EU-Politik, und eine zunehmende Bedeutung der EU wird zweifellos auch hier gesehen. Dies betrifft zahlreiche Forschungsgegenstände, wie etwa die Liberalisierung von internen EU-Grenzen oder die europäische Regionalpolitik. Auch die Finanzierung von raumbezogener Forschung durch EU-Budgets wie z.B. das Forschungsrahmen-

programm oder INTERREG-Projekte kann dabei durchaus als eine Facette von Europäisierung gesehen werden.

Dennoch liegt bislang kaum eine systematische Auseinandersetzung mit dem Konzept der Europäisierung aus geographischer, räumlicher Sicht vor (s. allerdings die Übersichten von CLARK u. JONES 2009; BIALASIEWICZ et al. 2005; HAMEDINGER et al. 2008). Dieser Artikel wie auch das gesamte Themenheft wollen einen Beitrag dazu leisten, diesen Begriff aus der räumlichen Perspektive heraus besser zu fassen.

Ausgangspunkt für die Reflexion der Europäisierung ist dabei die politikwissenschaftliche Literatur, deren Debatte um Europäisierung seit beinahe zwei Jahrzehnten so intensiv geführt wird, dass der Versuch eines umfassenden Überblicks an dieser Stelle vermessen wäre; mehr als eine vereinfachende Skizze kann hier nicht gegeben werden.

Zunächst ist klarzustellen, dass die Europäisierungsdebatte in allererster Linie auf die Politik der Europäischen Union abzielt, so dass die Bezeichnung *EU-isie-*

„rung“ („EU-isation“, RADAELLI 2003, S. 27) eigentlich treffender wäre. Auch der vorliegende Beitrag sowie das gesamte Themenheft beziehen sich auf dieses Verständnis. Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass die Trennung EU/Nicht-EU weniger scharf ist, als zunächst vielleicht vermutet. Dies zeigt nicht nur die rasante Erweiterungsdynamik der vergangenen Jahrzehnte. Vielmehr belegt dies auch die Tatsache, dass Nicht-Mitgliedsländer wie die Schweiz oder auch Beitrittskandidaten wie Kroatien sehr offensichtlichen Veränderungen aufgrund von EU-Politik unterliegen. Handels-, Sicherheitspolitik, Standardisierungen usw. sind wirkmächtig weit über die EU-Grenzen hinaus; Europäisierungskonzepte sind also nicht auf Mitgliedsstaaten beschränkt (so auch GEIGER in diesem Heft; SCHIMMELFENNIG 2009).

Was aber ist nun Europäisierung? Zur konzeptionellen Klärung liegen inzwischen verschiedene Typologisierungen vor (z.B. OLSEN 2002; KNILL 2005). Besonders prominent ist nachfolgend skizzierte Vierteilung, die RADAELLI (2003) folgt:

Erstens wird hierbei Europäisierung als *Konsequenz der Europäischen Integration* auf die sub-europäische Ebene (nationalstaatlich, regional, lokal) gesehen. Diese Perspektive kann als das vorherrschende Verständnis angesehen werden.

Europäisierung als – *zweitens* – ‚*territorialer Ansatz*‘ und ‚*geographical concept*‘ meint zurzeit vor allem die Frage nach Außengrenzen der EU und die damit eng verbundenen Fragen von Territorialität, also der hoheitlichen Befugnisse innerhalb dieser Grenzen.

Europäisierung als – *drittens* – *institutionelle Stärkung* auf Europäischer Ebene wird begrifflich häufig eher als Europäische Integration gefasst, so auch in diesem Artikel, und daher weitgehend ausgeblendet bleiben. Europäisierung als, *viertens*, ‚*Export*‘ meint die Wirkmächtigkeit europäischer Normen und Werte in Ländern und Regionen jenseits der Europäischen Union bzw. Europas.

Die am weitesten geteilte, unter erstens genannte, Auffassung versteht Europäisierung als die Konsequenz aus

der Europäischen Integration heraus gleichsam ‚vor der Haustür‘, als ‚domestic impact of European Integration‘. Europäische Integration und Europäisierung sind demnach zwei Seiten einer Medaille. Integration meint die Verlagerung von Kompetenzen, Ressourcen und politischer Aufmerksamkeit auf die europäische Ebene. Europäisierung meint die sich daraus ergebenden Konsequenzen auf die darunter liegenden Ebenen (RADAELLI 2003, S. 33). Prägnant formuliert worden ist dieses Verständnis von BÖRZEL und RISSE (2005) im Titel ihres Aufsatzes „When Europe hits home“.

Eine umfassendere Definition dieses Europäisierungsverständnisses gibt RADAELLI: „Processes of a) construction, b) diffusion, and c) institutionalization of formal and informal rules, procedures, policy paradigms, styles, ‚ways of doing things‘, and shared beliefs and norms which are first defined and consolidated in the making of EU public policy and politics and then incorporated in the logic of domestic discourse, identities, political structures, and public policies“ (RADAELLI 2003, S. 30 m.w.N.; sehr ähnlich etwa OLSEN 2002, S. 926).

Nachdem Ende der 1980er Jahre die Phase der ‚*Eurosklerose*‘, also die Phase relativer Schwäche der europäischen Politik überwunden war, wurden in zahlreichen Politikbereichen europäische Regelungen verabschiedet, die in den dann folgenden Jahren im Zuge ihrer Umsetzung in den Mitgliedsstaaten für Aufsehen sorgten; eine intensivere Beschäftigung hiermit aus wissenschaftlicher Sicht war sodann nur folgerichtig. Die empirische Fülle von Untersuchungen ist inzwischen fast unüberschaubar, und der Fokus ist denkbar breit (s. EXADAKTYLOS u. RADAELLI 2009). Europäisierung wird vor allem untersucht im Bereich der Politikinhalt (*policies*). Sehr prominent ist der Bereich der Agrarpolitik, in dem durch finanzielle Instrumente erheblicher Einfluss auf nationale und regionale Politik sichtbar wird (z.B. ROEDERER-RYNING 2007), in der Umweltpolitik haben rechtliche Instrumente eine besonders

hohe Durchsetzungskraft auf allen Ebenen (s. JORDAN u. LIEFFERINGK 2004; CHILLA 2007; zum Beispiel der Regionalpolitik s. weiter unten).

Auch im Bereich der institutionellen Anpassung, also der *polity*, liegt eine Reihe von Untersuchungen vor. Hier ist beispielsweise die Rolle der juristischen Instanzen von hoher Relevanz – also die Frage, inwieweit denn in ‚Karlsruhe‘ oder ‚Luxemburg‘ letztinstanzliche Entscheidungen getroffen werden (hierzu s. NYIKOS 2007).

Schließlich wird auch im Bereich der *politics*, also im Politikprozess, auf die Veränderungen im Gefolge der europäischen Integration hingewiesen. Hier zeigt sich ein komplexes Spannungsfeld von oft subtilen Einflüssen der europäischen Ebene und ebenso vielfältigen Gegenstrategien von subeuropäischen Akteuren, die hier eigene Einflussoptionen sichern wollen (hierzu PARSONS 2007). Die Neuartigkeit des Instrumentariums und die oft weder formal noch gewohnheitsrechtlich regulierten Politikprozesse schaffen Opportunitätsstrukturen, die HAJER (2006) als *institutional ambiguity* bezeichnet hat.

Diskursive Rahmungen und finanzielle Anreize sind dabei zweifellos bedeutende Instrumente der Europäisierung (vgl. LEIBENATH 2007, S. 152 m.w.M., vgl. auch JOHN 2000); besondere Bedeutung kommt in den empirischen Untersuchungen allerdings den rechtlichen Instrumenten zu. Dies ist auf die eher geringen EU-Budgets in den meisten Politikfeldern zurückzuführen (s.u.) und auf den oft abstrakten Charakter der politischen Debatten, aber wohl vor allem auf die oft überraschend wirkmächtigen rechtlichen Vorgaben. Die Forschung zur Implementierung von EU-Vorgaben misst der These des *institutional misfit* zentrale Bedeutung zu. Zugrunde liegende These hierbei ist, dass die rechtlich-organisatorische Distanz zwischen EU-Vorgaben und (sub-) nationalen Situationen ein zentraler Erklärungsfaktor für Europäisierungsprozesse ist (vgl. BÖRZEL u. RISSE 2000; DUINA 2007).

Europäisierung im rechtlichen Sinne hat dabei vor allem die Verschiebung von

Kompetenzen und der zugrunde liegenden Strategien im Fokus. Besonders prominent sind hierbei die Strategien des *uploading* und *downloading* von politischen Inhalten. Die Unterstützung von Kompetenzgewinnen der supranationalen Ebene (*uploading*) kann dadurch motiviert sein, dass politische Zielvorstellungen ‚über Bande‘ zur Geltung gebracht werden sollen. Ein späterer *download* der Politikinhalt – dann als Europäisierungsprozess – kann den gewünschten Erfolg bringen. Adressaten solcher Strategien können andere Politik-Ebenen sein – klassisches Beispiel ist der Fall, wenn regionale Akteure die Politik der nationalstaatlichen Autoritäten beeinflussen wollen. Solche *by-passing*-Strategien können allerdings auch in horizontaler Richtung eingesetzt werden, indem Politikinhalt auf die europäische Ebene hoch geladen werden, deren Wirksamkeit in anderen Staaten als dem eigenen man erhofft. WONG (2008, S. 325) spricht in letzterem Fall von *cross-loading*, das in territorialer Hinsicht von besonderem Interesse ist, da hier besonders zielgerichtet die Einflussnahme jenseits der territorialen Perimeter beabsichtigt ist (s.a. CLARK u. JONES 2009, S. 200).

Eng verbunden mit diesen Strategien sind die Metaphern der *policy-takers* und *policy-makers*, aber auch des *by-passings* widerstreitender politischer Akteure (vgl. z.B. für europäische Stadtpolitik s. SCHULTZE 2003; s.a. RADAELI 2003, S. 34).

Bereits die Begrifflichkeiten weisen darauf hin, dass Europäisierung mitnichten als Top-down-Prozess zu verstehen wäre. Die Initiative für politische Prozesse und die Zugewinne an Einfluss sind nicht notwendigerweise auf der supranationalen Ebene zu verorten.

Im Ergebnis meint Europäisierung schließlich nicht zwingend, dass Politik auf subeuropäischer Ebene sich einander annähert oder gleichförmiger wird. Zwar ist Europäisierung ein möglicher Grund für *policy convergence* (s. HOLZINGER u. KNILL 2005); aber Europäisierung kann ebenso zu kontrastierenden Mustern füh-

ren und durchaus Divergenz auslösen (BÖRZEL 1999).

Die Europäisierungsliteratur der Politikwissenschaften kommt über weite Strecken ohne räumliche Bezüge aus. Allerdings lassen sich hier durchaus prominente verräumlichte Argumente finden, am breitesten wird die Debatte wohl geführt zur ‚europäisierten Territorialität‘. Diese Debatte soll im nachfolgenden Abschnitt weiter ausgeführt werden.

Europäisierung als Deterritorialisierung?

Eine nicht untypische Ansicht über die Rolle von Raum oder Geographie in der politikwissenschaftlichen Literatur zu Europäisierungsprozessen gibt das folgende Zitat wieder: „A discussion of the ways in which European space may be politically organized and governed presupposes that Europe as a *Geographical* concept, the external boundary of Europe as a space or territory, can be delimited and defined“ (OLSEN 2002, S. 926 m.w.N., Hervorhebung ergänzt).

In einem ersten Zugang spricht dieses ‚geographische Konzept‘ die Verschiebungen und qualitativen Veränderungen von Außengrenzen der Europäischen Union an. Auch innerhalb der geographischen Debatte wird diese Diskussion durchaus verfolgt, wie insbesondere die Auseinandersetzungen um Erweiterungen der EU um neue Mitglieder zeigen (für viele PAASI 2005; AGNEW 2005; im deutschsprachigen Raum STRUCK 2005).

Diese Debatte um Außengrenzen muss insofern allerdings vorsichtig geführt werden, als dass nicht für alle Politikbereiche der gleiche territoriale Fokus gilt. Der Euro-Raum und der Gemeinsame Europäische Markt sind nicht deckungsgleich; der Schengen-Raum oder die regionalpolitischen Förderräume sind nochmals ganz andere *Geographien*. Derartige Feststellungen haben zur Diskussion um ‚variable‘ oder auch ‚flexible Geographien‘ geführt (z.B. GOLDSMITH 2003; vgl. Abb. 1). Eng verbunden hiermit ist z.B. die Debatte um ‚Soft Spaces‘, u.a. in der Europäischen Raumentwicklung (HAUGHTON et al. 2010; FALUDI 2010).

Diesen Konzepten ist gemein, dass sie linear abgegrenzten Perimetern selbst auf unteren Maßstabebenen und mit konkreten planerischen Absichten nur bedingte Relevanz zumessen. Sie sehen die räumlichen Wirkmächtigkeiten vielmehr im politischen Kontext von konkreten Bedürfnissen, Machbarkeiten und Einflusssphären. Diese können dann nicht nur zeitlich variieren, sondern durchaus auch ‚quer‘ zu institutionalisierten räumlichen Abgrenzungen liegen.

Diese Sichtweise unterscheidet sich erheblich vom Territorialitätsverständnis der europäischen Nationalstaaten, die ganz wesentlich auf eindeutige Außengrenzen abstellen. Die Jahrzehnte der Teilung Deutschlands und die dann folgende Wiedervereinigung können hier allenfalls als partielle Ausnahme gelten.

Die entscheidende Frage ist daher, was nun Territorialität im europäischen Mehrebenensystem bedeutet. In einem politikwissenschaftlichen Lehrbuch zur Europäisierung wird formuliert: „Im europäischen Mehrebenensystem fallen die funktionalen Aufgaben der staatlichen Institutionen nicht mit den territorialen Grenzen der Ebenen zusammen ... Erste-re liegen quer zu Letzteren“ (EISING u. LENSCHOW 2007, S. 328).

BLATTER (2004, S. 531, s.a. OLSEN 2002, S. 927; JACHTENFUCHS u. KOHLER-KOCH 2004, S. 109) spricht vor diesem Hintergrund gar von ‚Deterritorialisierung‘. Diese These ist weitreichend, da mit dem Territorialprinzip ein wesentliches Prinzip westeuropäischen Staats- und Demokratieverständnisses in Frage gestellt wird. Um diese Thesen etwas zu beleuchten, soll hier zunächst das Konzept der Mehrebenen-Governance vorgestellt werden, bevor zur Diskussion seiner spezifischen Territorialität zurückzukommen ist.

Das Konzept der Mehrebenen-Governance ist in den letzten Jahren in enger Verbindung zu Europäisierungsfragen entwickelt worden. Das Konzept argumentiert explizit ‚territorial‘: „Multi-level governance initially described a ‘system of continuous negotiation among nested governments at several *territorial tiers* – supranational, national, regional and lo-

cal' that was distinctive of European Union structural policy ..., but the term is now applied to the European Union more generally" (HOOGHE u. MARKS 2003, S. 234 m.w.N.; Hervorhebung ergänzt).

Historisch gesehen spielen territoriale Fragen in dieser Debatte schon dadurch eine wichtige Rolle, als dass die europäische Regionalpolitik der empirische Gegenstand in den viel beachteten Arbeiten von HOOGHE und MARKS war, die als Begründer der Debatte um Multi-Level-Governance gelten können. Vor allem aber argumentieren die Arbeiten mit den eben angesprochenen *territorial tiers*, die häufig so eng mit den institutionellen Ebenen verknüpft gesehen werden, dass institutionelle Ebene und territoriale Reichweite fast synonym verstanden werden. Diese Gleichsetzung wird im Hinblick auf das zugrunde liegende Raumverständnis als essentialistisch kritisiert (z.B. GUALINI 2006, S. 885).

Dabei ist aus rein rechtlicher Sicht zunächst tatsächlich festzuhalten, dass das europäische Verständnis des Staates innerhalb seines Territoriums recht weit-

gehende Rechte hat, die an den Außengrenzen aber zunächst enden. Bis heute ist das Territorialprinzip als Basis für die Herstellung von politischer Souveränität und Legitimität entscheidend; grundsätzlich andere Organisationsformen, die etwa auf Ethnie oder Religion abstellen, spielen kaum eine Rolle (vgl. HOOGHE u. MARKS 2003, S. 239). Indem jetzt auf europäischer Ebene eine Vielzahl von einheitlichen Regelungen geschaffen wird, stellt sich eben nicht nur die Frage ihres Geltungsbereiches (dies spielt auf die bereits angesprochene variable Geometrie an). Es stellt sich auch die Frage der demokratischen Legitimierung, die sich nicht über eine eigene ‚Europa-Territorialität‘ begründen lässt – das EU-Parlament zählt aufgrund seiner sehr limitierten Befugnisse nur sehr bedingt als Gegenargument. Vielmehr lässt sich die demokratische Verankerung von Europa nur über die Mitgliedsstaaten her begründen, deren verfassungsrechtliche Territorialität zunächst unangefochten ist. Diese Art der Territorialität wird bezeichnet als *sekundäres Territorium*, das aus einer Zu-

sammenlegung souveräner nationalstaatlicher Territorien hervorgeht („*pooled territory*“ nach MAMADOUH 2001, S. 425; „*interterritoriality*“ nach CLARK u. JONES 2009, S. 200). Hierbei wird darauf hingewiesen, dass diese Zusammenlegung rein additiv ist und kein umfassender Transfer auf eine supranationale Ebene erfolgt, beispielsweise im Hinblick auf eine vermeintliche „EU-Bürgerschaft“ (s. BIALASIEWICZ et al. 2005).

Nun mag aus rechtlicher Sicht die Lage noch vergleichsweise klar sein; aus tagespolitischer Sicht sieht es deutlich unübersichtlicher aus. Hierhinter steht die Frage, ob ein politisches Mandat auf die Grenzen der jeweiligen Gebietskörperschaft begrenzt ist und zugleich, ob es tatsächlich in jedem Winkel seines Gebiets auch wirksam ist. Souveränität wird demgemäß nicht als *a priori* für bestimmte Territorien gegeben verstanden, sondern als etwas, das hergestellt werden muss. Nach diesem Verständnis ist Souveränität *de facto* Gegenstand von Verhandlungen zwischen verschiedenen Akteuren und Ebenen (so JERNECK 2000).

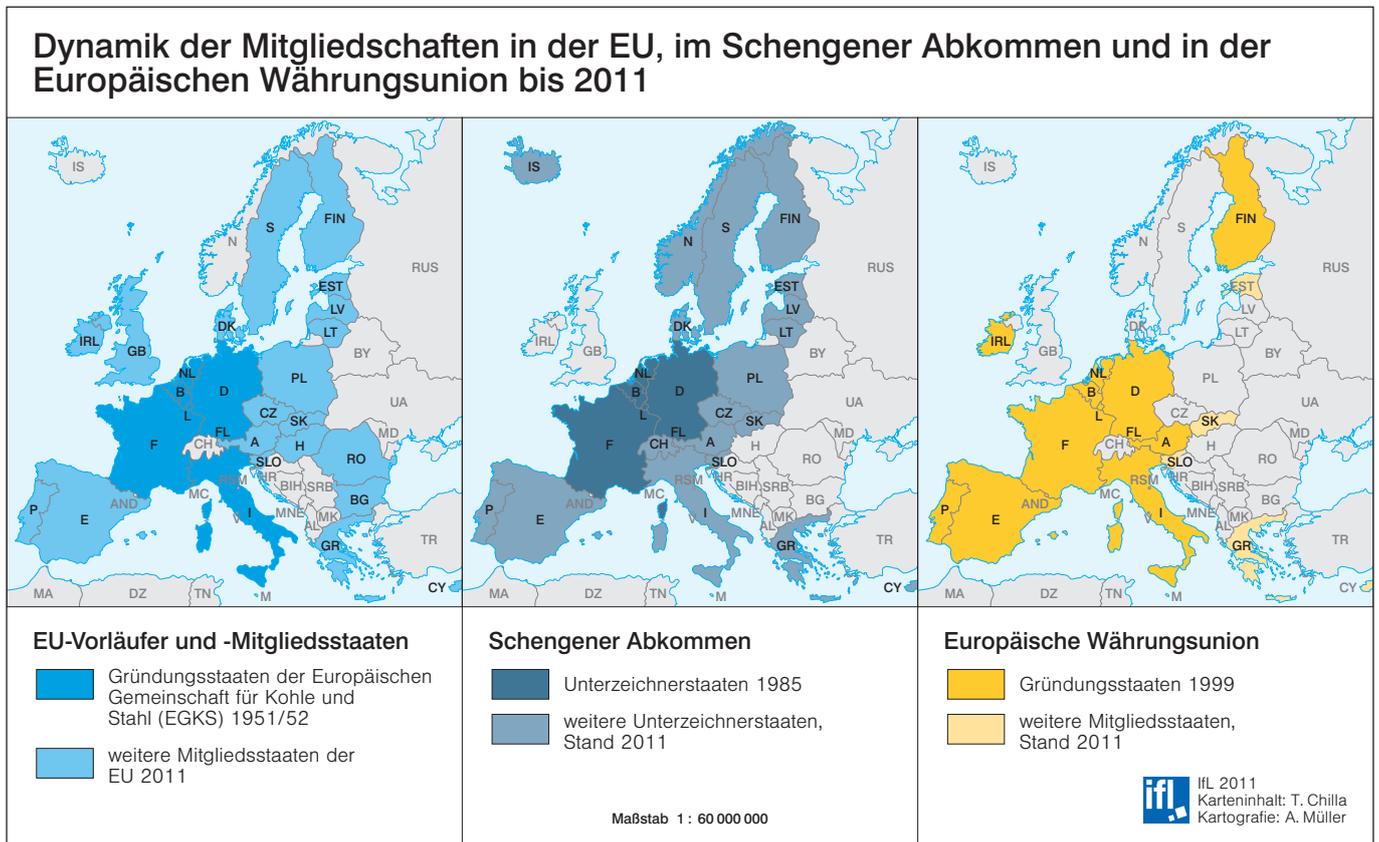


Abb. 1: Europäisierung als flexible Geographie? Zeitliche und räumliche Dynamik der verschiedenen Außengrenzen

Die Logik dieser politischen Verhandlungsprozesse wird nun in zweierlei Richtung gedeutet. Die eine, bereits angesprochene Deutung, zielt auf die *Deterritorialisierung* des politischen Geschehens, oder: „*transformation from territory to function*“ (BLATTER 2004, S. 531, s.a. OLSEN 2002, S. 927). Nach dieser Deutung sind es funktionale Logiken, häufig auch temporäre Zweckbündnisse, die das politische Geschehen steuern, weitgehend unabhängig von territorialen Zuschnitten, Zuständigkeiten und Legitimierungen. Europäisierte Territorialität in diesem Sinne meint also nicht nur, dass mit der Europäischen Ebene eine zusätzliche Ebene im Politikbetrieb hinzugekommen ist, was auf unteren Ebenen verschiedene Konsequenzen hat. Vielmehr wäre in diesem Sinne durch Europäisierung das *Prinzip* der territorialen Organisationslogik wesentlich geschwächt, wenn nicht abgelöst worden. Diese Sichtweise hat offensichtliche Schnittstellen zur Debatte der 1990er Jahre zu Globalisierungsprozessen.

Eine abweichende Interpretation besagt, dass Europäisierung gerade nicht mit einer Deterritorialisierung der Politik einhergehe, sondern mit einer deutlich *komplexeren* Praxis der Territorialität (so FOLSBERG 1996; JERNECK 2000; VOLLAARD 2009). Beispielweise anhand von starken Metropolregionen (vgl. BRENNER 1999; JESSOP 2005) oder von Grenzräumen (PERKMANN 2007) ist gezeigt worden, dass politische Souveränität vielfach durch neue, Ebenen übergreifende Diskurse und Bündnisse hergestellt wird. Aus geographischer Sicht wird hier vielmehr von Re-Scaling oder von Re-Territorialisierung zu sprechen sein, weniger von einer Enträumlichung (vgl. ELDEN 2005). Dieser Interpretationsweise wird im Folgenden näher nachgegangen.

Europäisierung als Re-Territorialisierung

Wenn der Ausgangspunkt lautet, dass territoriale Fragen im Zuge der europäischen Integration politisch komplexer werden, so ist empirisch gesehen die Analyse von politischen Diskursen und

ihren Argumentationen und Stilmitteln zentral, einschließlich der bildlich-kartographischen Gestaltungsmittel (s. z.B. AGNEW 2005; REUBER et al. 2005; GUALINI 2003, S. 44).

Dies betrifft zunächst die Wortwahl (das *Labelling*). Beispielsweise ist die politische Debatte nicht auf den Begriff des Territoriums beschränkt. Aus empirischer Sicht wird z.B. die Bedeutung des Wortes *„Area“* in EU-Dokumenten hervorgehoben. BIALASIEWICZ et al. (2005) deuten die Prominenz dieses Begriffs dahin gehend, dass hiermit nicht nur der sensible Begriff des Territoriums vermieden wird, sondern auch eine Alternative zu dem auf multinationaler Ebene verbleibenden *pooled territory* etabliert wird. Ausdrücke aus dem Verfassungsentwurf wie „a special area of human hope“ illustrieren, dass Raumbezüge vor allem als eine ideale, geographisch nicht abschließend definierte Zukunftsvision eingesetzt werden (BIALASIEWICZ et al. 2005, S. 340).

BARRY hat bereits 1996 darauf hingewiesen, welche Wirkmächtigkeit das metaphorische Konzept des *Netzwerkes* hat. In den frühen 1990er Jahren hat dieses Konzept beispielsweise in Form der *transnationalen Netze* (TEN), der Vorstellung der (digital) vernetzten Gesellschaft oder der Förderung von Expertennetzwerken konkrete und sehr vielfältige politische Konsequenzen gezeitigt. Auch als territoriales Konzept hat das Netzwerk eine klare Stoßrichtung. Es erlaubt europaweites Agieren auch auf so sensiblen Feldern wie der Kulturpolitik, ohne *territorial* gefasste Zuständigkeiten explizit in Frage stellen zu müssen (BARRY 1996, S. 31, 35). Die Etablierung der transeuropäischen Netze sind umfassend von JENSEN und RICHARDSON analysiert worden. Sie legen in ihren diversen Arbeiten dar, dass die Verknüpfung des planerisch-konkreten Politikbereiches „Transnationale Europäische Netze“ mit den eher abstrakten Diskursen um polyzentrale Entwicklung politisch nicht als politisch neutral einzuschätzen ist. Vielmehr deuten sie diese verflochtenen Diskursstränge als einen wirkmächtigen Einfluss, der ökonomische Zielstellungen über andere

politische Zielstellungen etabliere (s. JENSEN u. RICHARDSON 2003, RICHARDSON u. JENSEN 2004; s.a. HAJER 2000; HEALEY 2004).

Im Rahmen der *critical geopolitics* werden die ‚spheres of influence‘ vor allem auch jenseits der gültigen EU-Außengrenzen thematisiert (s. AGNEW u. CORBRIDGE 1995; Ó TUATHAIL 1996; SIDAWAY 2007). Zuletzt stand hier vor allem die *European Neighborhood Policy* (ENP) im Mittelpunkt. Im Zuge der EU-Ost-Erweiterung von 2004 ist eine Politik entstanden, die sich vor allem um Immigrationsfragen und die Prävention von Kriminalität dreht. Obwohl dies nicht als geopolitisches Handeln deklariert ist, so führt die ENP letztlich doch zu einer Beeinflussung von hoheitlichen Regulierungen in den Nachbarstaaten in beträchtlichem Ausmaß. KUUS (2011) spricht hier von „tacit geopolitics“, deren Tätigkeit die Trennwirkung der EU-Außengrenzen partiell verwischt. Sie argumentiert weiter, dass explizit geographische Argumente oft bewusst ausgeklammert werden, um finale Konzeptionen zu vermeiden, die die *spheres of interest* limitieren könnten. Deterritorialisierung wird demgemäß also zur Aufrechterhaltung von Machtoptionen eingesetzt. Die geographische „*constructive ambiguity*“ (KUUS 2011, S. 1148) vermeidet zudem, divergierende Ansichten von EU-internen Akteuren abstimmen zu müssen (vgl. BIALASIEWICZ et al. 2009; s. auch GEIGER in diesem Heft).

SCOTT und LIKANEN (2010) betonen dabei, dass der Einfluss jenseits territorialer Zuständigkeiten nicht unbedingt auf starken Instrumenten der machtpolitischen Einflussnahme basieren muss. Am Beispiel der Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Kooperationen in Nicht-Mitgliedsländern zeigen sie, dass die Verbreitung bestimmter politischer Normen auf eher subtile Wege erfolgen kann.

In der Analyse politischer Diskurse kommt den Argumenten der Maßstäblichkeit große Bedeutung zu. Europäische Integration meint eine Maßstabserweiterung im politischen Sinne, die politische Konsequenzen hat. Eine neue politische Ebene ist nicht nur ein neuer Akteur, der

potenzieller Verbündeter sein kann. Vielmehr bietet die damit verbundene räumliche Maßstabsebene einen verstärkten argumentativen Bezugspunkt. Im Mittelpunkt der ‚politics of scale‘ steht die Erklärung von politischen Machtverschiebungen anhand von diskursiven Bezugnahmen der Akteure auf bestimmte Maßstabsebenen und parallel durch Koalitionsbildungen über Ebenen hinweg. Dabei wird mithin gefragt nach „scalar division of labour, scalar fixes, scale jumping, and re-scaling“ als strategischen Instrumenten des Politikprozesses (JESSOP 2005, S. 227; vgl. SWYNGEDOUW 2000).

Beispielsweise erhoffen sich ‚Peripher-Regionen‘ des nationalen Maßstabs durch Europäisierung – vor allem in Form der Liberalisierung der Binnen-Grenzen – in die ‚Mitte Europas‘ zu kommen (PERKMANN 2007, S. 861 m.w.N.). Diese Strategie wird nicht nur von lokalen oder regionalen Akteuren eingesetzt, sondern ebenso durch EU-Akteure. In dem Bemühen, europäische Politikinhalte auf regionaler Ebene zu implementieren und gelegentlich auch um nationale Widerstände zu umgehen, sind gerade in den Grenzräumen die INTERREG-Programme zielgerichtet entwickelt worden. Umgekehrt haben auch subnationale Akteure z.T. spürbaren Einfluss auf Europäisierungsprozesse (HARGUINDÉGUY 2007, S. 332).

Teile der *critical geopolitics* gehen über die rein analytische Betrachtung hinaus und beziehen gelegentlich normative Position. In der Literatur zur Europäisierung wird beispielsweise eine neue „meta-geography“ (MURPHY 2008) regelrecht gefordert oder eine „multi-scalar, open identity“ Europas (so PAASI 2005, S. 585; ähnlich MURPHY 2008; JESSOP 2005). Sehr kritisch gesehen werden hierbei die ‚überkommenen‘ nationalstaatlichen, kulturellen oder ökonomischen Grenzen, die es zu überwinden gelte – wobei zugleich deutlich vor den Tendenzen eines Neoliberalismus gewarnt wird (differenzierend hierzu HEEG u. OSSENBRÜGGE 2002). Im Bereich der Grenzraumforschung schwingt ebenfalls häufig politische Kritik mit, insbesondere an der Exklusions-

Funktion der Außengrenzen (z.B. van HOUTUM u. PIJERS 2007).

Bei allem Erkenntnisgewinn, die die hier geschilderten Konzepte bringen, ist darauf hinzuweisen, dass bereits vor dem Einsetzen von Europäisierungsprozessen die Verbindung von physischem Territorium und politischer Kontrolle nicht immer so eindeutig war wie es im Rückblick erscheint, dass aber das Hinzukommen der neuen Politikebene den Blick für diese Problematik erst eröffnet (vgl. RUGGIE 1993; MAMADOUH 2001).

Ohne diese Debatte hier abschließen zu wollen, so zeigt sie in Bezug auf Europäisierung aus räumlicher Sicht eines ganz deutlich: Politisch-institutionelle und raumkonzeptionelle Überlegungen hängen sehr eng zusammen. Der interdisziplinäre Dialog um die räumlichen Konsequenzen ist anspruchsvoll. Die Gefahren von Raumfallen (territorial trap i.S.v. AGNEW 1994) ist ebenso offensichtlich wie das Potenzial interdisziplinären Dialogs. Dieser Dialog wird bislang aber eher punktuell geführt, nicht selten existieren disziplinäre Diskurse in parallelen Sphären (so auch ELDEN 2010).

Die ‚klassische‘ Politikfeldanalyse – das Beispiel Regionalpolitik

In der Analyse von europäisierten Politikfeldern (*políticas*) spielt die räumliche Brille eine wichtige Rolle. Zu nennen sind hierbei insbesondere die Regional-, Transport-, Städte-, Geo-, Migrations- oder Umweltpolitik. In der Untersuchung von Europäisierungsprozessen in einzelnen Politikfeldern kann auf ein etabliertes Instrumentarium der Politikwissenschaften zurückgegriffen werden – dies sei hier am Beispiel der Regionalpolitik illustriert.

Regionalpolitik ist intensiv von Vertretern der Planungs- und Raumwissenschaften untersucht worden. Dies liegt schon inhaltlich nahe und ist auch durch die hohe politische Dynamik in diesem Feld begründet (s. FALUDI 2009; DÜHR et al. 2010; s.a. HACHMANN in diesem Heft).

Obwohl erst seit dem Lissabon-Vertrag vom Dezember 2009 eine gewisse formelle Kompetenz zur europäischen

Raumentwicklung in Kraft ist, hat sich die europäische Tätigkeit auf diesem Feld außerordentlich dynamisch entwickelt. Dabei hat sich im Zuge der Etablierung von Europäischem Raumentwicklungskonzept (EUREK, 1999), Territorialer Agenda (TA, 2007) und ESPON-Programm (*European Spatial Observatory Network*, 2002) zumindest vorübergehend eine *epistemic community* gebildet, die in Politik und Wissenschaft das Thema geradezu leidenschaftlich verfolgt hat (FALUDI 2009; s.a. ESER u. SCHMEITZ 2008; für Deutschland s. JARASS 2005). Das ESPON-Programm ist ein Programm für angewandte-wissenschaftliche Raumanalysen auf europäischem Maßstab, in dem Forschung und politische Institutionen in engem Austausch stehen (www.espon.eu).

Insgesamt ist in der Europäischen Regionalpolitik ein Großteil des EU-Budgets verausgabt worden (s. Abb. 2). Zwar beruht dies auf den Zielsetzungen der *sozialen* und *ökonomischen* Kohäsion, diese sind aber eng mit den Ambitionen der *territorialen* Kohäsion verbunden.

Abbildung 2 illustriert die große budgetäre Bedeutung der Regionalpolitik. Diese zeigt zum einen, dass im Finanzrahmen 2007-2013 die Regionalpolitik im engeren Sinne, die vor allem mit redistributiven Mitteln ausgestattet ist, zum ersten Mal einen größeren Anteil hat als die Agrarpolitik im klassischen Sinne, die vor allem mit marktbezogenen Subventionen agiert. Die aktuellen Debatten um den Finanzrahmen ab 2014 lassen keinen Zweifel daran, dass sich dieser Trend verstärken wird. Zum zweiten zeigt die Abbildung auch, dass die Regionalpolitik eines der wenigen Politikfelder ist, in dem finanzielle Mittel das zentrale Instrument sind. In den allermeisten Politikbereichen stehen rechtliche und persuasive Instrumente deutlich weiter im Vordergrund – man denke nur an die Umwelt- oder Arbeitsmarktpolitik, wo rechtliche Vorgaben die weitaus wichtigeren Instrumente sind. Die Visualisierung des EU-Budgets darf nicht zu dem Trugschluss verleiten, dass in der Regionalpolitik die europäischen Einflüsse zwingend größer seien als in anderen Bereichen, auch weil bei

der Verausgabung der Gelder die nationalstaatliche Ebene ein nicht unerhebliches Mitspracherecht hat. Zugleich basiert die europäische Regionalpolitik nicht allein auf finanziellen Mitteln, sondern fußt auch auf anderen Instrumenten. Umfassend widmen sich BÖHME und WATERHOUT (2008) dem Thema, die eine Typologie der Europäisierung vorschlagen, deren eine Achse sich der Temporalität von Europäisierung widmet, während die andere Achse die Instrumente fokussiert (s. Tab.). Diese Herangehensweise argumentiert praxisnah und basiert vor allem auf institutionenbezogener Analyse. Insbesondere die Bedeutung des Lernens in diesen Prozessen wird hervorgehoben.

Diese Typologie illustriert beispielhaft, wie in einzelnen Politikbereichen politikwissenschaftliche Europäisierungs-Konzepte gleichsam subsumiert werden können. Allerdings ist diese Studie insofern eher eine klassische Politikfeldanalyse, als dass der Raum – in konzeptioneller wie in empirischer Hinsicht – weitgehend eine *Black Box* bleibt.

Auch angesichts der hohen Budget-Relevanz ist es wenig überraschend, wenn auf dem Gebiet der Regionalentwicklung eine Fülle von angewandten Forschungsprojekten von europäischen, regionalen oder anderen Institutionen beauftragt worden ist. Diese Studien befassen sich zwar zumeist nicht explizit mit Europäisierung, im Kern geht es jedoch häufig um die Konsequenzen aus der europäischen Integration – beispielsweise wenn nach den Veränderungen auf Arbeits- oder Absatzmärkten gefragt wird oder wenn neue Migrationsströme für politischen Debatten sorgen.

Viele Arbeiten sind bereits durch ihre Konzipierung als Evaluationsstudien, best-practice-Vergleiche u.ä. von vornherein normativ angelegt – und diese Art der Forschung hat zweifellos ihre Berechtigung, auch wenn häufig mehr kritisches Hinterfragen gewünscht wird (für die Auswirkungen der Liberalisierung von Grenzen vgl. HARGUINDÉGUY 2007; NEWMAN 2006; KRAMSCH u. HOOPER 2004).

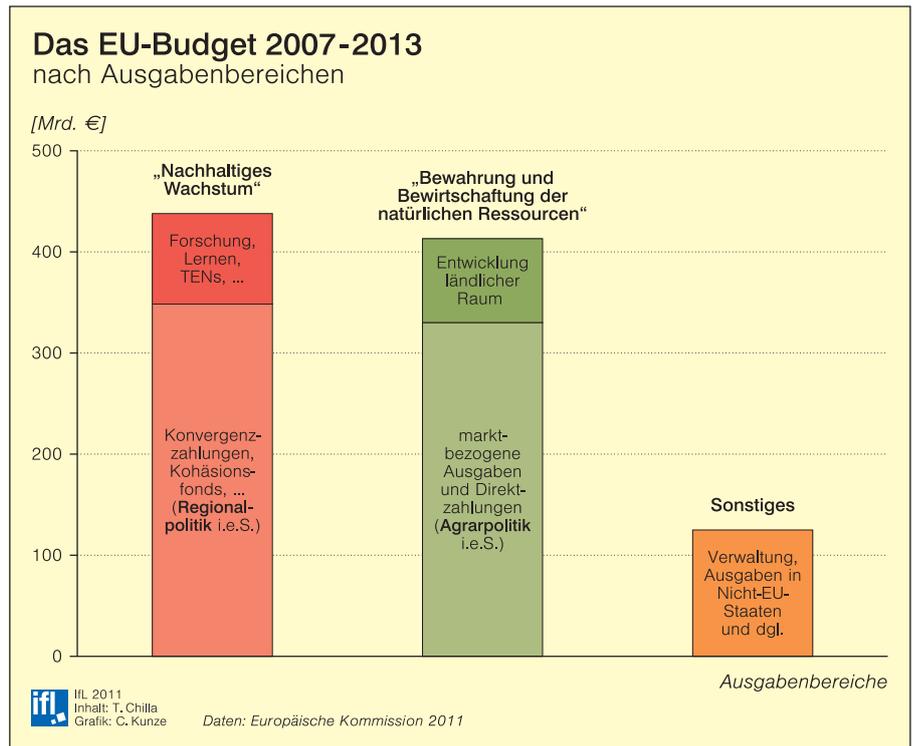


Abb. 2: Das EU Budget 2007-2013 nach Ausgabenbereichen, in Mrd. Euro

Die Potenziale geographischer Perspektiven

Was aber sind nun die Potenziale des geographischen, des räumlichen Zugangs zu Europäisierung, welchen Herausforderungen hat sich diese Perspektive im interdisziplinären Dialog zukünftig zu stellen?

Grundsätzlich hat der räumliche Zugang in seiner ganzen Breite der Disziplin – die hier nicht abzubilden ist – zweifellos viel Potenzial. Dieses Potenzial soll aber zumindest in Stichwortform in fünf perspektivischen Aufgabenbereichen illustriert werden. Die ersten drei Perspektiven sind eher der geographischen

Europäisierungs-Typologie für das Beispiel Raumentwicklung				
Means	Effects			
	Short-Term Influence		Long-Term Influence	
	Change of self perception and position in Europe	Change of laws, "daily" practice, procedures, cooperation patterns (organizational learning)	Change in the use of terminology, temporary application of new terms and concepts	Implementation of single concrete action that would not happen or would happen differently without EU influence
Implementation of directives and regulations	Possible environmental directives in the long run	EU regulations in various sector fields, Structural Funds regulations	Formal terminology put down in regulations	Application of EU directives in general
Use of EU finding as incentives	ESDP application in INTERREG	Structural Funds, organizational learning through INTERREG, LEADER	INTERREG, Structural Funds	Where EU provides co-funding, infrastructure projects, INTERREG
Influenced by a (hegemonic) discourse at the European level	ESDP application, ESPON use	ESDP application at national level in rare cases	ESDP application ESPON	

Quelle: BÖHME u. WATERHOUT 2008, S. 244

ESDP European Spatial Development Perspective, ESPON European Spatial Planning Observatory Network, LEADER Liaison entre Actions de Développement de L'Economie Rurale

Tab.: Europäisierungs-Typologie für das Beispiel Raumentwicklung

Grundlagenforschung zuzurechnen, die weiteren beiden Punkte zählen zum angewandten Bereich. Vorweg ist für all diese Bereiche festzuhalten, dass der räumliche Fokus breit ist. Europäisierung kann auf lokaler Ebene ebenso reflektiert werden wie auf globaler Ebene.

Zum *ersten* sind die Raumkonzeptionen im politischen Prozess ein hoch relevantes Untersuchungsobjekt. Hierbei stehen vor allem institutionen- und diskursbezogene Ansätze im Vordergrund. Die politisch-geographische Perspektive wird hierbei die Frage bearbeiten, wie die Reproduktion neuer Räume für bestimmte Zwecke und Machtoptionen diverser Akteure dient und wie der Einsatz von Instrumenten der *politics of scale* zu deuten ist.

Das im politischen Prozess sich entwickelnde Verständnis von Territorialität wird hierbei auch in den kommenden Jahren besondere Aufmerksamkeit verlangen – allzu dynamisch sind die derzeitigen Prozesse. Die Frage bleibt, wie sich dieses Kern-Konzept europäischer Staatsorganisation unter dem Einfluss der europäischen Integration entwickeln wird.

Zum *zweiten* ist es eine wichtige Aufgabe der Geographie, auf die Komplexität des Raumbegriffs in der *wissenschaftlichen Analyse* hinzuweisen, und dies vor allem in der Debatte mit anderen Disziplinen. Weiter oben klang bereits an, dass die Vorstellungen des Container-Raumes oder des metrischen Raumes nach wie vor eine Versuchung sein können. Die Raumwissenschaften müssen wohl klarer die Relevanz von umfassenderen Raumkonzepten kommunizieren (vgl. ELDEN 2010). Dies ist unabhängig davon, ob es konstruktivistische, relationale Raumkonzepte, institutionentheoretischen oder andere Zugänge sind. Je nach Kontext sind diese Stränge hochgradig anschlussfähig an die zahlreichen Debatten der Politikanalyse. Der Begriff des Raums (space) geht weit über die dreidimensionale materielle Betrachtung hinaus und meint zugleich nicht nur den politisch so relevanten Begriff des *Territoriums*. Illustrierend sei hier auf das geschilderte Beispiel der Mehrebenen-Governance verwiesen, in der eine systematische Klä-

rung des Verhältnisses von Maßstab und Hierarchie-Ebene noch aussteht.

Zum *dritten* bleibt es eine zentrale Aufgabe der Raumwissenschaften, die raumstrukturellen Veränderungsprozesse im Gefolge von europäischer Integration zu analysieren. Das heute immer noch beschränkte Wissen im Hinblick auf wirtschaftliche Verflechtungen in regionalen Grenzräumen ist auch ein Manko in Debatten um Europäisierung. Derzeit bleibt der Eindruck, dass Themen der Globalisierung oder auch nationale oder regionale Themen deutlich weiter im Vordergrund stehen als europäische Fragestellungen.

Dabei sollten die räumlichen Disziplinen nicht nachlassen, in den ihnen nahe liegenden Feldern ihre Kompetenz einzubringen, wie in der angesprochenen Regional-, Transport-, Städte-, Geo-, Migrations- oder Umweltpolitik. Aber auch in vielen anderen, nicht typisch ‚räumlichen‘, Politikfeldern, sind Prozesse der Europäisierung entsprechend zu analysieren, deren räumliche Bezüge sich erst beim zweiten Blick offenbaren – als nur ein Beispiel sei die europäische Kulturpolitik genannt (vgl. SONNTAG 2009).

Viertens erscheint es wünschenswert, wenn die geographische Sicht in *angewandter Forschung* zu ‚Europa‘ prominenter würde. Die Selbstverständlichkeit, mit der Geographen angewandte ‚Begleitforschung‘ auf lokaler, regionaler oder nationaler Ebene machen, ist auf europäischer Ebene bei Weitem noch nicht erreicht. Obwohl inzwischen eine große Bandbreite an Themen insbesondere im Rahmen des ESPON-Programmes abgebildet ist, so kann dieses mitnichten als vollständig angesehen werden. Zwar sind inzwischen die verfügbaren Analysen zu Demographie oder ‚Lissabon-Indikatoren‘ recht umfassend. Aber gerade bei vielen tagespolitisch brisanten Themen werden doch die weißen Flecken des ‚Europa-Wissens‘ schmerzhaft bewusst. Die energiepolitischen Diskussionen, die sozialpolitischen Themen und gerade auch wirtschaftspolitischen Diskussion der aktuellen Krise bleiben bislang weitgehend ohne europaweite, geographische Reflexion.

In diesem Zusammenhang ist auf das große Potenzial der Geographie in der *Visualisierung und Kartierung* genannt. Diese Erwartung aus Nachbardisziplinen wird gelegentlich mit Unbehagen gesehen, da man weder Essentialist noch rein technischer Kartographie-Support sein möchte. Tatsächlich aber werden auf europäischer Ebene derzeit so viele Karten produziert und verhandelt wie wohl nie zuvor. Sowohl die Europäische Kommission als auch Eurostat haben ihre kartographischen Kompetenzen deutlich ausgebaut; parallel werden die zahlreichen Karten des ESPON-Programmes nicht nur verbreitet, sondern auch reproduziert. Die systematische Visualisierung, Interpretation und Kritik von regionalstatistischen Daten ist eine wichtige Aufgabe. Europäisierung ist nur solide zu reflektieren, wenn es eine ambitionierte und flächendeckende Begleitforschung gibt.

Der *fünfte* – und in dieser Übersicht letzte – Punkt ist im wissenschaftlichen Bereich nicht unsensibel. Die ‚klassische‘ Kompetenz der Geographie, über spezifische Regional-Expertise zu verfügen und raumbezogen auch lexikalisches Wissen zu schaffen, wurde vom Selbstbild der Geographie in den vergangenen Jahren – aus gutem Grunde – in den Hintergrund gestellt. So sind beispielsweise klassisch-geographische Überblicksdarstellungen seit der Kritik an länderkundlichen Ansätzen weitgehend verschwunden (in dieser Tradition aber LICHTENBERGER 2005; im englischsprachigen Raum s. UNWIN 1998; in Deutschland s. das auch konzeptionell ambitionierte Überblickswerk ‚Europa – eine Geographie‘ von GEBHARDT et al., in Vorbereitung). Es erscheint aber disziplinstrategisch hoch relevant, als ein Fachbereich wahrgenommen zu werden, der überfachlich relevant und sichtbar ist. ‚Europa‘ ist nicht nur Politik und Volkswirtschaft, sondern insbesondere auch Geographie.

Die Beiträge dieses Heftes

Es lässt sich festhalten, dass Europäisierung ein zweifellos lohnendes Arbeitsgebiet gerade für die räumlichen Disziplinen ist, auch wenn die Herausforderun-

gen nicht gering sind. Vor diesem Hintergrund stellen die folgenden drei Beiträge dieses Heftes beispielhaft drei Aspekte der Europäisierung dar.

Verena HACHMANN untersucht, wie sich die Beteiligung an INTERREG-B Programmen als Europäisierung fassen lässt. Konzeptionell spielen vor allem die horizontale und vertikale Dimension der Europäisierung eine wichtige Rolle, und hierbei zugleich der Begriff des Lernens. Diese Prozesse werden illustriert anhand von mehreren Fallbeispielen.

Martin GEIGER untersucht den paradoxen Fall der Europäisierung von Politik, in der die Migrationspolitik durch Nicht-EU-Akteure in Nicht-EU-Staaten stark beeinflusst wird. Um ihre migrationspolitischen Vorstellungen operativ in den beiden Nicht-EU-Staaten Albanien und Ukraine umzusetzen, greift die EU seit vielen Jahren bereits auf spezialisierte internationale Regierungsorganisationen zurück.

Tom BECKER beleuchtet zunächst die aktuellen Etablierungsprozesse einer Städtepolitik auf europäischer Ebene, bevor er ein aktuelles Pilotprojekt von Luxemburger Staat und diversen Städten beleuchtet. In Form ‚antizipierender‘ Europäisierung werden hier derzeit Potenziale ausgelotet und Handlungsbereitschaft ausgebaut.

Diese Beiträge zeigen sehr deutlich, dass Europäisierung auch und gerade da stattfindet, wo man sie nicht erwartet. Europäisierung ist mehr als ein simpler Anpassungsdruck für EU-Mitgliedsstaaten in Top-down-Richtung. Dies betrifft den Fall der Migrationspolitik, wo Europäisierung vor allem *jenseits* der EU Außengrenzen stattfindet. Der Fall luxemburgischer Städtepolitik zeigt, dass Europäisierung auch in *antizipierender* Weise stattfinden kann. Die typische, chronologische Reihenfolge von – zuerst – europäischer Integration und – erst dann – Europäisierung wird hier aufgelöst. Im Fall des INTERREG-Programmes wird gezeigt, dass Europäisierung nicht nur in vertikaler Weise, also zwischen den politisch-administrativen Hierarchieebenen ablaufen kann, sondern gerade auch auf

einer *horizontalen* Ebene, in Form des grenzüberschreitenden Lernens.

Die Beiträge zeigen auch die sehr unterschiedliche Operationalisierung von Raum in Europäisierungsprozessen. Im Fall des INTERREG-Programmes ist Raum vor allem als Gegenstand einer Politik gesehen, in dessen Bearbeitung Europäisierungsprozesse ausgelöst werden. Im Fall der Migrationspolitik wird die Problematik der Territorialität berührt – wer hat auf welchem Territorium welche Rechte, und wie lässt sich dies demokratisch legitimieren. Im Fall der Städtepolitik wird der städtische Raum des Kleinstaates anders konzipiert, also rekonstruiert. Nicht mehr nur die nationale Raumordnung ist das alleinige Verständnis-Gerüst, sondern die Einbettung in den europäischen Kontext – ein typischer Fall des Maßstabs-Sprunges.

Diese Beiträge können naturgemäß nur Schlaglichter auf die anstehenden Fragen der Europäisierung werfen. Viele Fragen bleiben offen, und die Europäisierungsdynamik wird in den kommenden Jahren wohl kaum nachlassen. Dieses Heft versteht sich als ein Beitrag zu einem besseren Verständnis, und vor allem als Aufforderung zur Debatte, zur verstärkten Bearbeitung des Themenfeldes.

Literatur

AGNEW, J. (1994): The territorial trap: the geographical assumptions of international relations theory. In: *Review of International Political Economy* 1, H. 1, S. 53-80.

AGNEW, J. (2005): Bounding the European Project. In: *Geopolitics* 10, H. 3, S. 575-580.

AGNEW, J. u. S. CORBRIDGE (1995): *Mastering space: hegemony, territory and international political economy*. London.

BARRY, A. (1996): The European Network. In: *New Formations* 29, S. 26-37.

BIALASIEWICZ, L., S. ELDEN u. J. PAINTER (2005): The constitution of EU Territory. In: *Comparative European Politics* 3, S. 333-363.

Bialasiewicz, L., C. Dahlman, G.M. Apuzzo, F. Ciuta, A. Jones, C. Rumford, R. Wodak,

J. Anderson u. A. Ingram (2009): Interventions in the new political geographies of the European 'neighborhood'. In: *Political Geography* 28, H. 2, S. 79-89.

BLATTER, J. (2004): From 'Spaces of Place' to 'Spaces of Flows'? Territorial and Functional Governance in Cross-border Regions in Europe and North America. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 28, H. 3, S. 530-548.

BÖHME, K. (2005): The ability to learn in Transnational Projects. In: *Informationen zu Raumentwicklung* 11/12, S. 691-700.

BÖHME, K. u. B. WATERHOUT (2008): The Europeanization of Planning. In: FALUDI, A. (Hrsg.): *European Spatial Research and Planning*. Cambridge, Massachusetts, S. 225-248.

BÖRZEL, T. (1999): Towards convergence in Europe? Institutional adaptation to Europeanization in Germany and Spain. In: *Journal of Common Market Studies* 37, H. 4, S. 573-596.

BÖRZEL, T. u. T. RISSE (2000) 'When Europe Hits Home: Europeanization and Domestic Change'. In: *European Integration Online Papers* 4, H. 15; <http://eiop.or.at/>.

CHILLA, T. (2007): Zur politischen Relevanz raumbezogener Diskurse. Das Beispiel der Naturschutzpolitik in der Europäischen Union. In: *Erdkunde* 61, H. 1, S. 13-25.

CLARK, J. u. A. JONES (2009): Europeanization and Its Discontents. In: *Space and Polity*, 13, H. 3, S. 193 - 212.

DÜHR, S., C. COLOMB u. V. NADIN (2010). *European spatial planning and territorial cooperation*. London.

DUINA, F. (2007): Domestic Actors and Europeanization: Why "Fit" Still Matters. In: *Comparative European Politics* 5, H. 4, S. 339-341.

ELDEN, S. (2005): Missing the point: globalization, deterritorialization and the space of the world. In: *Transactions of the Institute of British Geographers* 30, H. 1, S. 8-19.

ELDEN, S. (2010): Thinking territory politically. In: *Political Geography* 29, S. 238-241.

- EUROPÄISCHE KOMMISSION (2011): Financial framework 2007-2013. Online: http://ec.europa.eu/budget/index_en.cfm (07/11/2011).
- FALUDI, A. (2009): A turning point in the development of European spatial planning? The 'Territorial Agenda of the European Union' and the 'First Action Programme'. In: *Progress in Planning* 71, S. 1-42.
- FALUDI, A. (2010): Territorial cohesion post-2013: to whomsoever it may concern. AESOP working paper.
- EISING, R. u. A. LENSCHOW (2007): Europäische Union. In: BENZ, A., S. LÜTZ, U. SCHIMANK u. G. SIMONIS (Hrsg.): *Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder*. Wiesbaden, S. 325-338.
- ESER, T. u. P. SCHMEITZ (2008): The making of the territorial agenda of the European Union: policy, polity, and politics. In: FALUDI, A. (Hrsg.): *European Spatial Research and Planning*. Cambridge, Massachusetts, S. 249-270.
- GEBHARDT, H., R. GLASER u. S. LENTZ (Hrsg.; in Vorber. für 2012): *Europa – eine Geographie*. Heidelberg.
- GUALINI, E. (2003): Cross-border Governance: inventing regions in a transnational multi-level polity. In: *DISP* 152, S. 43-52.
- GOETZ, K. (2007): Territory. In: GRAZIANO, P. u. M.P. VINK (Hrsg.): *Europeanization: New Research Agendas*. Basingstoke, S. 73-87.
- GOLDSMITH, M. (2003): Variable geometry, multilevel governance: European integration and subnational government in the new millennium. In: FEATHERSTON, K. u. C.M. RADAELLI (Hrsg.): *The politics of Europeanization*. Oxford, S. 112-133.
- HAJER, M. (2000): Transnational Networks as Transnational Policy discourse. Some observations on the Politics of Spatial Development in Europe. In: SALET, W. u. A. FALUDI (Hrsg.): *The Revival of Strategic Spatial Planning*. Amsterdam, S. 135-142.
- HAJER, M. (2006): The living institutions of the EU: Analysing governance as performance. In: *Perspectives on European Politics and Society* 7, H. 1, S. 41-55.
- HAMEDINGER, A., H. BARTIK u. A. WOLFFHARDT (2008): The impact of EU area-based programmes on local governance: towards a 'Europeanisation'? In: *Urban Studies* 45, H. 13, S. 2669-2687.
- HARGUINDÉGUY, J. (2007): Cross-border policy in Europe: implementing INTERREG IIIA France-Spain. In: *Regional and Federal Studies* 17, H. 3, S. 317-334.
- HAUGHTON, G., P. ALLMENDINGER, D. COUNSELL u. G. VIGAR (2010): *The New Spatial Planning: soft spaces, fuzzy boundaries and territorial management*. London.
- HEALEY, P. (2004): The treatment of space and place in the new strategic spatial planning in Europe. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 28, H. 1, S. 45-67.
- HEEG, S. u. J. OSSENBRÜGGE (2002): State formation and territoriality in the European Union. In: *Geopolitics* 7, H. 3, S. 75-88.
- HOLZINGER, K. u. C. KNILL (2005): Causes and conditions of cross-national policy convergence. In: *Journal of European Public Policy* 12, H. 5, S. 775-796.
- HOOGHE, L. u. G. MARKS (2003): Unraveling the central state, but how? Types of multi-level governance. In: *American political science review* 2, H. 97, S. 233-245.
- JACHTENFUCHS, M. u. B. KOHLER-KOCH (2004): Governance and Institutional Development. In: WIENER, A. u. T. DIEZ (Hrsg.): *European Integration Theory*. Oxford, S. 97-116.
- JARASS, H. (Hrsg.) (2005): *Europäisierung der Raumplanung. Symposium aus Anlass des 40-jährigen Bestehens des Zentralinstituts für Raumplanung*. Berlin.
- JENSEN, O. u. T. RICHARDSON (2003): *Making European space: mobility, power and territorial identity*. London.
- JERNECK, M. (2000): Europeanization, Territoriality and political time. In: HARMSON, R. u. T. WILSON (Hrsg.): *Europeanization: institution, identities and citizenship*. Amsterdam = Yearbook of European studies 14, S. 27-49.
- JESSOP, B. (2005): The political economy of scale and European governance. *Tijdschrift voor Economische en Sociale Geographie* 96, H. 2, S. 225-230.
- JOHN, P. (2000): The Europeanisation of sub-national Governance. *Urban Studies* 37, H. 5/6, S. 877-894.
- JORDAN, A. u. D. LIEFFERINGK (Hrsg.) (2004): *Environmental Policy in Europe: the Europeanization of national environmental policy*. London.
- KNILL, C. (2005): *The Europeanisation of National Administrations: Patterns of Institutional Change and Persistence*. Cambridge.
- KUUS, M. (2011): Policy and Geopolitics: Bounding Europe in Europe. In: *Annals of the Association of American Geographers* 101, H. 5, S. 1140-1155.
- KRAMSCH, O. u. B. HOOPER (2004): *Cross-border governance in the European Union*. London.
- LEIBENATH, M. (2007): Europeanisation of cross-border governance? A case study on the cause, form and consequences of a cooperation project in the German-Polish-Czech border triangle. In: *Space and polity* 11, H. 2, S. 151-167.
- LICHTENBERGER, E. (2005): *Europa. Geographie, Geschichte, Wirtschaft, Politik*. Darmstadt.
- MAMADOUH, V. (2001): The territoriality of European integration and the territorial features for the European Union: the first 50 years. In: *Tijdschrift voor Economische en Sociale Geographie* 92, H. 4, S. 420-436.
- MURPHY, A. (2008): Rethinking multi-level governance in a changing European union: why metageography and territoriality matter. In: *GeoJournal* 72, H. 7, S. 7-18.
- NEWMAN, D. (2006): The lines that continue to separate us: borders in our 'borderless' world. In: *Progress in Human Geography* 30, H. 2, S. 143-161.
- NYIKOS, S. (2007): Courts. In: GRAZIANO, P. u. M.P. VINK (Hrsg.): *Europeanization: New Research Agendas*. Basingstoke, S. 1825-194.
- Ó TUATHAIL, G. (1996). *Critical Geopolitics*. Minneapolis.

- OLSEN, J. (2002): The many faces of Europeanization. In: *Journal of Common Market Studies* 40, H. 5, S. 921-952.
- PAASI, A. (2005): Remarks on Europe's transforming meta-geography. In: *Geopolitics* 10, H. 3, S. 580-585.
- PARSONS, C. (1997): Puzzling out the EU role in national politics. In: *Journal of European Public Policy* 14, H. 4, S. 1135-1149.
- PERKMANN, M. (2007): Policy entrepreneurship and multilevel governance: a comparative study of European cross-border regions. In: *Environment and Planning C* 25, S. 861-879.
- PULLANO, T. (2009): The Evolving Category of Territory: From the Modern State to the European Union. GARNET Working Paper No: 63/09, online: <http://www.garnet-eu.org>.
- RADAELLI, C.M. (2003): The Europeanization of public policy. In: FEATHERSTONE, K. u. C.M. RADAELI (Hrsg.): *The politics of Europeanization*. Oxford, S. 27-56.
- REUBER, P., A. STRÜVER u. G. WOLKERSDORFER (2005): Europa und die Europäische Union – die gesellschaftliche Konstruktion politischer Räume. In: REUBER, P., A. STRÜVER u. G. WOLKERSDORFER (Hrsg.): *Politische Geographien Europas – Annäherungen an ein umstrittenes Konstrukt*. Münster, S. 1-23.
- RICHARDSON, T. u. O. JENSEN (2003): Linking Discourse and Space: Towards a Cultural Sociology of Space in Analysing Spatial Policy Discourses. In: *Urban Studies* 40, H. 1, S. 7-22.
- SCHIMMELFENNIG, F. (2009): Europeanization beyond Europe. In: *Living Reviews in European Governance* 4, H. 3.
- SCHULTZE, C. (2003): Cities and EU Governance: Policy-takers or Policy-makers? In: *Regional and Federal Studies* 13, H. 1, S. 121-147.
- SCOTT, J. W. u. I. LIIKANEN. (2010): Civil Society and the 'Neighbourhood' – Europeanization through Cross-Border Cooperation? In: *Journal of European Integration* 32, H. 5, S. 423-438.
- SIDAWAY, J. D. (2007): Spaces of Postdevelopment. In: *Progress in Human Geography* 31, H. 3, S. 345-361.
- SONNTAG, M. (2009): Europeanization of local cultural policies. The example of Luxemburg and Greater Region, European Capital of Culture 2007. In: ECKARDT, F. u. L. NYSTRÖM (Hrsg.): *Culture and City*. Berlin, S. 417-439.
- STRUCK, E. (2005): Die Türkei in Europa? Geostrategische Raumbilder in der EU-Erweiterungsdebatte. *Standort* 29, H. 1, S. 31-36.
- STRÜVER, A. (2002): Significant insignificance – boundaries in a borderless European Union: Deconstruction the Dutch-German transnational labor market. In: *Journal of borderland Studies* 17, H. 1, S. 21-36.
- SWYNGEDOUW, E. (2000): 'Authoritarian Governance, Power and the Politics of Rescaling', *Environment and Planning D: Society and Space*, H. 18, S. 63-76.
- UNWIN, T. (1998): *A European Geography*. New Jersey.
- VAN HOUTUM, H. u. R. PIJPERS (2007): The European Union as a Gated Community: the two-faced border and immigration regime of the EU. In: *Antipode* 39, H. 2, S. 291-309.
- WONG, R. (2008): Foreign Policy. In: GRAZIANO, P. u. M.P. VINK (Hrsg.): *Europeanization: New Research Agendas*. Basingstoke, S. 321-334.

<p>Prof. Dr. TOBIAS CHILLA Universität Erlangen-Nürnberg Institut für Geographie Kochstraße 4/4 91054 Erlangen tobias.chilla@geographie.uni-erlangen.de</p>
